



Asylanträge türkischer Soldaten in Deutschland „wohlwollend prüfen“

Bonn/Deutschland, 22.11.2016/APD

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Bundesregierung in Deutschland aufgefordert, die Asylanträge türkischer Soldaten aus dem NATO-Hauptquartier im Ramstein/Deutschland wohlwollend zu prüfen. Neben Asyl könne auch ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland gewährt werden.

Kürzlich war bekannt geworden, dass in Rheinland-Pfalz mehrere türkische Soldaten vom Hauptquartier der NATO-Luftstreitkräfte im pfälzischen Ramstein und auch deren Familienmitglieder in Deutschland Asyl beantragt haben. Über die Gründe der Soldaten und ihrer Familienangehörigen wurde nichts bekannt. Sie dürften aber im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Situation in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch stehen.



„Durch die Rechtsprechung des Strassburger Menschengerichtshofes ist die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht anerkannt. Der Schutz Betroffener ist deshalb von den Mitgliedsstaaten des Europarats verbindlich zu gewährleisten“, betonte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Doch das Europaratsmitglied Türkei habe hierzu keine klaren Regeln und Gesetze erlassen. Die Situation von Kriegsdienstverweigerern in diesem Land wäre daher äusserst unsicher. Deshalb sei es nicht zu verantworten, wenn die Soldaten gegen ihren Willen zurück in die Türkei müssten, so Münchow. Deutschland sollte klare Positionen beziehen und Kriegsdienstverweigerern, denen in ihrem Heimatland Verfolgung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Gefängnis drohe, Schutz bieten, forderte auch EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für diejenigen, die in den evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Fragen der Kriegsdienstverweigerung (KDV) und Friedensarbeit zuständig sind.

APD-Meldungen als PDF zum Herunterladen auf Dropbox:

https://www.dropbox.com/sh/m9tu5b6f767kgch/AABMOCZxMpGsSn8bHR_VqNbma?dl=0

APD-Meldungen auf Facebook:

<https://www.facebook.com/APD-Adventistischer-Pressedienst-Schweiz-1578948669056221/?ref=bookmarks>

Fotos oder Logos in grösserer Auflösung zu den APD-Meldungen, sofern vorhanden:

https://www.dropbox.com/sh/Or2jmbnphs7vdqh/AAB609_W5S0ys0Y5n3Ye0t7ia?dl=0

(Bitte bei Publikation die Bild- und Copyrighangaben von der APD-Website verwenden)

← (2'532 Zeichen)

Impressum ↑

Nachrichtenagentur APD
(Adventistischer Pressedienst)
Postfach
CH-4020 Basel
E-Mail: [APD-CH\(at\)apd.info](mailto:APD-CH(at)apd.info)
Web: <http://www.stanet.ch/APD/>

Herbert Bodenmann (verantwortlich), Journalist SFJ
Christian B. Schäffler, Journalist SFJ
Tel: +41 79 225 95 11

© Nachrichtenagentur APD Basel (Schweiz) und Ostfildern (Deutschland). Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe "APD". Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig (8/2015) zählt sie über 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder in 215 Staaten und Territorien der Erde. In der Schweiz sind 4.456 Mitglieder in 51 Gemeinden und drei Gruppen organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

URL: www.stanet.ch/apd/news/archiv/11436.html | © 1997 - 2016 [stanet.ch](http://www.stanet.ch)